

## Wessen Freiheit? Wessen Staat?

Von René Rhinow\*

«Es geht um die Alternative zwischen Freiheit und Knechtschaft» – mit diesem Kernsatz lässt sich das von Nationalrat Blocher für viel Geld an alle Haushaltungen versandte Pamphlet zusammenfassen (S.17). Es sei die Grundfrage nach Staatsallmacht oder Freiheit des Einzelnen, die der Beantwortung bedürfe (S.24). Sind das die richtigen Alternativen, vor die sich unsere Gesellschaft heute und morgen gestellt sieht?

Eine fundierte Auseinandersetzung mit dieser Streitschrift fällt nicht leicht, weil deren Inhalt zwar mit einem (pseudo-)wissenschaftlichen Anspruch daherkommt (daher wohl die vielen Zitate und Fussnoten), jedoch in die Kategorie der rechtspopulistischen Pamphlete einzuordnen ist: Zu sehr werden durchgehend Feindbilder aufgerichtet, Erscheinungen, Kategorien und Begriffe miteinander vermengt, zurechtgebogen oder bis zur Unkenntlichkeit verzerrt.

So wird vom Staat ein diffuses Bild gezeichnet. Der Freiheit gegenübergestellt wird der allumfassende, totalitäre Staat – der moderne, freiheitliche und demokratische Rechtsstaat hingegen, der die Staatsgewalt bündigt und mehrfach kontrolliert, wird ausgeblendet. Der «Staat» unserer Demokratie beruht aber auf der Volkssouveränität und auf der Legitimation der Bürgerinnen und Bürger. Und der moderne Sozialstaat ist nicht – wie das Pamphlet es suggeriert – von einem anonymen Kollektiv und nicht «von oben» (ein beliebtes Feindbild populistischer Provenienz) aufoktroziert, sondern in demokratischen Verfahren, mit dem Volk und nicht gegen das Volk geschaffen worden.

Die der «Staatsallmacht» radikal gegenübergestellte Freiheit wird im Pamphlet auf die ungebundene, schrankenlose Freiheit des einzelnen Menschen reduziert, der sich in erster Linie um sich selbst kümmert und damit automatisch das Beste für die Gesellschaft leisten soll. Sozial und solidarisch ist, «wer nach seinen eigenen Kräften für seinen Lebensunterhalt sorgt und damit niemandem zur Last fällt». Folgerichtig ist in dieser Optik ein «verordneter Solidaritätszwang ... sinnlos»; «die von oben erzwungene Solidarität ist ohne moralischen Wert» (S.19) – ein Aufruf zur Abschaffung der AHV oder gar der Armee?

Wer seine Augen nicht vollständig vor der Aktualität der modernen rechtsstaatlichen Demokratie verschliesst, weiss um die vielfältige Mitverantwortung des Gemeinwesens für das, was den Kern der realen Freiheit ausmacht: für den Schutz der Menschenrechte, für die Absicherung eines menschenwürdigen Lebens aller Menschen, auch für den Schutz der Freiheit gegen gesellschaftliche Mächte. Gesundheitswesen, (Aus-)Bildung, soziale Sicherheit, Umweltschutz und Raumplanung, Kampf gegen die Geldwäscherei, Datenschutz sind Beispiele staatlicher Verantwortungsfelder, die für eine grosse Mehrzahl der Menschen (auch künftiger Generationen) unabdingbare Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben schaffen. Dafür stehen auch Liberale ein, denen Freiheit mehr bedeutet als die «Sorge für sich selbst» und für die eine massvolle gesellschaftliche Solidarität die unabdingbare Basis jeder friedlichen und pluralistischer Gemeinschaft bildet.

Wer sich Sorge macht über die Freiheit heute und morgen, darf es sich nicht so billig machen wie das konfuse Pamphlet. Der Staat schützt einerseits als Rechtsstaat die Freiheit; andererseits kann er sie durch ein Übermass an Vorschriften, Massnahmen und Abgaben auch bedrohen. Das macht einen kritischen «Freiheitsverträglichkeitstest» gerade im gegenwärtigen Sozialstaat unausweichlich. Dazu ist aber in einer differenzierenden Weise zu fragen, «welchen» Staat wir wollen, welche Aufgaben und Instrumente ihm in die Hand zu geben (oder wieder wegzunehmen) sind.

Mit anderen Worten: Das Grundproblem liegt im Ausmass der Staatsverantwortung. Darüber kann und soll in einer Demokratie gestritten werden. Aufgabe der Liberalen in allen Parteien muss es sein, für grösstmögliche Freiheit und Menschenwürde aller einzustehen, im Interesse der individuellen Persönlichkeitsentfaltung und als unabdingbare Voraussetzung für die Wahrnehmung von Selbst- und Mitverantwortung in der Gemeinschaft. Dazu leistet das Pamphlet nicht den geringsten Beitrag.

\* Der Autor ist Professor für öffentliches Recht an der Universität Basel, bis Ende 1999 war er Ständerat von Baselstad.